

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXIV/194

Bonn, den 10. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Koalition und Mitbestimmung</u>	90

Von Helmut Schmidt,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

3	<u>Ohne wirtschaftspolitisches Profil</u>	51
---	---	----

Verhinderte Aufwertung zählte sich für
die beiden Unionsparteien nicht aus

4	<u>Hedwig Wachenheim</u>	42
---	--------------------------	----

Im Gedenken an eine bedeutende Sozialdemokratin
Von Lotte Lemke,
Vorsitzende des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Forderungen an den 6. Bundestag:
Elfriede Seppi wünscht Weiterentwicklung des Nichtehe-
lichenrechts - Verstärkten Aufbau von Gesamt- und Ganztagschulen
"WEISSER KREIS", für München, Hamburg
und Berlin nicht gerechtfertigt!
Gemeinsamer Vorstoß der drei Großstädte bei Bundesregierung
und Bundestag

Politik um 1990 nicht mehr nur "Männersache"?
Britische Wissenschaftler versuchten eine Hochrechnung

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 5300 Bonn 9,
Haussallee 2-10, Pressehaus I, Zimmer 217-224, Telefon: 22 80 37-38, Telex: 886 845 / 886 847 / 886 848 PPP D

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffe

Koalition und Mitbestimmung

Von Helmut Schmidt,

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Zum ersten Mal seit dem zwanzigjährigen Bestehen unseres Staates wird in Zukunft eine Bundesregierung die Demokratie als die Daseinsform der Gesellschaft begreifen. Für die Regierungen der CDU/CSU war Demokratie ein Organisationsprinzip bloß des Staates, das auf die Gesellschaft nicht anwendbar sei. Diese Auffassung war nicht nur in sich selbst widersprüchlich, sie ging an den Notwendigkeiten einer modernen Lebensordnung vorbei.

Das erste und oberste grundgesetzliche Gebot schützt die in allen Lebensbereichen unantastbare Würde des Menschen. In unserem Jahrhundert wird die Unantastbarkeit der Würde des Menschen allein durch die Prinzipien einer rechtsstaatlichen Demokratie gesichert. Würde des Menschen und Demokratie bedingen sich als Kategorien so sehr gegenseitig, daß wir ohne zu zögern vom Leitbild einer demokratischen Gesellschaft sprechen. Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Demokratie als dem Grundprinzip einer menschenwürdigen Gesellschaft. Demokratie allein ermöglicht die gleichzeitige und gleichrangige Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Wirklichkeit der Bundesrepublik hat von unserem Leitbild einer demokratischen Gesellschaft noch einigen Abstand. Zu allererst muß die Mündigkeit, die der Bürger im staatspolitischen Bereich erlangen hat, auch in den Bereichen der Gesellschaft überall anerkannt werden. Wer aus politischer Grundgesinnung Demokratie will, kann nicht Teilbereiche der Gesellschaft von der Anwendung demokratischer Prinzipien ausnehmen. Er muß vielmehr dem Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen funktionsgerechte Entfaltungsmöglichkeiten verschaffen, d.h. Die Mitbestimmung der betroffenen Einzelnen, nach welchen Regeln auch immer sie ausgeübt wird, ist ein für die demokratische Gesellschaft unverzichtbares, ja geradezu konstitutives Element.

Es bestanden niemals Zweifel darüber, daß die Mitbestimmung in der Wirtschaft, in Schule und Hochschule, im Vereinsleben, in der öffentlichen Verwaltung oder in politischen Parteien sich jeweils anderen, nämlich funktionsgerechten Regeln zu unterwerfen hat. Aber die Zwecke sind überall dieselben, nämlich: Dem einzelnen Menschen ein Höchstmaß an Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung zu geben. Je größer und je zahlreicher ein gesellschaftliches Gebilde ist, umso mehr wird der Einzelne sein Recht zur Selbstbestimmung und die Pflicht zur Verantwortung durch Wahlentscheidungen delegieren müssen; nie aber kann Gewalt von oben verliehen werden, sie bedarf der ständigen Kontrolle und Legitimation durch die Einzelnen.

Die Unruhe unter Teilen der akademischen Jugend hat für den Bereich der Hochschulen bisherige Mängel der institutionalisierter

Entscheidungsprozesse und damit quasi ein demokratisches Defizit offengelegt und die Gesetzgeber mancherorts zum Handeln bewogen. Ebenso verlangen aber die Unzulänglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes nach einem reformierenden Gesetzgeber. Ebenso ist unser Ziel eines Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer in den Unternehmensverfassungen ein legitimer Anspruch, der sich aus dem allgemeinen Ziel einer demokratischen Gesellschaft ergeben mußte. In einer Lebensform, welche die Eigenverantwortung des Einzelnen und sein Recht auf persönliche Entfaltung in den Mittelpunkt der menschlichen Beziehungen stellt, kann das Berufsleben keine Ausnahme von der Regel bleiben.

Die vorige Koalition zu Bonn hat sich zum gesetzgeberischen Handeln auf dem Felde weder der Betriebsverfassung noch der Unternehmensverfassung durchringen können. Die neue Bundesregierung Brandt/Scheel dagegen und die sie tragende Bundestagsmehrheit hat die Absicht, Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz zu erneuern und zu reformieren. Dies ist ein bedeutender Fortschritt.

Für die Unternehmensverfassung soll die bevorstehende Bestandsaufnahme der von der bisherigen Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Kommission abgewartet werden; sobald diese vorliegt, wird sich der Gesetzgeber dem Problem der paritätischen Mitbestimmung in der Unternehmensverfassung zuwenden müssen. Für die Sozialdemokraten gibt es keinen Zweifel am Grundprinzip, offen jedoch sind wir stets für die Diskussion konkreter Gestaltungsformen. Wir wissen, daß wir auf dem zukunftssträchtigen Weg sind; von "participacion" ist nicht nur zu reden, sie ist vielmehr zu verwirklichen, wenn wir den internationalen Vorsprung unserer industriellen Leistungsfähigkeit nicht verlieren wollen.

Neben den Gesetzgeber haben auch die Partner des Kollektiven Tarifvertrages es in der Hand. Mitbestimmungsrecht als Ordnungsprinzipien zu vereinbaren, um Zwang, Unterordnung und Ungleichheit auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Sie würden damit eine Basis gegenseitigen Vertrauens errichten, das in erster Linie dem Unternehmen, langfristig aber darüber hinaus der Gesellschaft gesamt zugute käme. Es frommt unserer Gesellschaft, wenn unsere Unternehmungen nicht nur den technischen und wirtschaftlichen, sondern in Zukunft auch den demokratischen Fortschritt in ihrer Planung einbeziehen.

+ + +

Ohne wirtschaftspolitisches Profil

Verhinderte Aufwertung zahlte sich für
die beiden Unionsparteien nicht aus

H.B. - Lang, lang ist's her, da die Unionschristen in den Wahlkampf nicht nur mit einem Kanzler, sondern auch mit einem Wirtschaftsminister zogen, "auf den es ankommt". Ebenso lange ist's auch her, daß sich Experten der Wirtschaft ganz offen für die Unionsparteien einsetzten, weil - wie noch 1965 - Unionsbehauptungen wie dieser geglaubt wurde: "Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, das hätte uns gerade noch gefehlt, das darf nicht passieren."

Wie anders sah es vor dem 28. September aus: Praktiker und Theoretiker der deutschen Wirtschaft - Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber - unterstützten in aller Öffentlichkeit die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten mit ihrem Namen, während etwa jenes Inserat, das am 27. September noch Stimmung gegen Schiller und die SPD machen sollte, von einem anonymen Kreis von Unionsleuten aufgegeben wurde, die sich nicht getrauten, mit ihrem Namen aufzutreten.

1965 zeigte es sich schon, daß es den beiden Unionsparteien an jeglichem Kontakt zu den führenden Köpfen des deutschen Geisteslebens fehlte, 1969 sind auch die in zwei Jahrzehnten geknüpften engen Kontakte zu großen Teilen des wirtschaftlichen Deutschland gerissen.

Wohlgemerkt: Die Union hat nicht nur an der Spitze der deutschen Wirtschaft an Einfluß verloren, sondern auch in der wirtschaftlich interessierten Wählerschaft, bei den Mittelschichten, bei Selbständigen, Angestellten und Beamten. Daß dies keineswegs sozialdemokratisches Wunschdenken, sondern belegbare Realität ist, haben die Analysen des Wahlergebnisses vom 28. September bewiesen, etwa in Köln, Hamburg, Münster, Bonn und München.

Die "Frankfurter Allgemeine" hat diese neue Entwicklung, die für die SPD auch zukunftsträchtig ist, mit diesen Worten gekennzeichnet:

"Die Ablehnung der Aufwertung durch den CDU-Flügel des Kabinetts im Mai und die Verweigerung jeglicher zusätzlicher Dämpfungsmaßnahmen außerhalb der vorsichtig angesetzten fiskalischen Bremsen und der beschränkten Einwirkungsmöglichkeiten der Bundesbank hat bei dieser Wählerschicht offenbar einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Wenn sie noch gewußt hätte, daß der Unionsflügel des Kabinetts schon einen Tag nach der Wahl bereit war, das Steuer herumzuwerfen und der Freigabe des Wechselkurses zuzustimmen, dann wäre das Wahlergebnis vermutlich noch schlechter ausgefallen. Aber schon dieses Ergebnis sollte den Verantwortlichen zur Warnung dienen. Wenn der Einbruch der Sozialdemokraten in die Mittelschichten weiter geht, wird die politische Basis der Unionsparteien in den großen Bevölkerungszentren immer schmaler - eine geradezu selbstmörderische Entwicklung."

Ob die beiden Unionsparteien in der Lage sein werden, die "selbstmörderische Entwicklung" aufzuhalten, bleibt abzuwarten. Wichtige Hinweise dürften die im kommenden Monat in München und Mainz stattfindenden Parteitage der CSU und der CDU geben. - Ganz sicher ist aber schon heute, daß mit den Adenauer-Rezepten der Verteufelung der Sozialdemokraten, die vor allem die CSU auch in diesem Jahr befolgte - "Die Sozialdemokraten wollen die Vernichtung des Mittelstandes" - von Jahr zu Jahr weniger Wähler zu gewinnen sind. Schon deshalb geht die SPD "sicher in die 70er Jahre". + + +

Hedwig Wachenheim †

Im Gedenken an eine bedeutende Sozialdemokratin

Von Lotte Lemke,

Vorsitzende des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt

sp - In dieser Woche starb in Hannover Hedwig Wachenheim, eine großherzige und vor allem in Kreisen der Arbeiterwohlfahrt bekannte und geschätzte Frau. Hedwig Wachenheim war aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland gekommen, um am 31. Oktober in Berlin an der 50-Jahrfeier der Arbeiterwohlfahrt teilzunehmen. Hier sollte ihr die Maria Juchacz-Medaille in Anerkennung ihrer großen Verdienste für die freie Wohlfahrtspflege in Deutschland und für ihre Hilfstätigkeit sofort nach dem Zweiten Weltkrieg gedankt werden. Der Tod zwang Hedwig Wachenheim nieder; als sie gerade mit den Vorbereitungen einer neuen größeren Arbeit über die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt beschäftigt war.

Das Leben dieser Frau war seit frühester Jugend ein harter Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit. In der Weimarer Republik war sie Vorsitzende des Fachausschusses "Ausbildung", Initiatorin der Berliner Wohlfahrtsschule der AWO und später deren Leiterin. Bis zu ihrem Verbot war Hedwig Wachenheim Redakteurin der Zeitschrift "Arbeiterwohlfahrt". Als Regierungsrätin im Reichsministerium des Inneren leitete sie die Kammer der Filmprüfstelle und nahm entscheidenden Einfluß auf die Jugendschutzgesetzgebung. Nach kurzer illegaler Tätigkeit im Jahre 1933 mußte Hedwig Wachenheim aus Deutschland nach den USA fliehen. Auch dort galt ihre ganze Aktivität der Fürsorge für notleidende Menschen, die wie sie Deutschland verlassen mußten. Sie wurde eine der jüngsten Mitarbeiterin der Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Maria Juchacz. Als das Hitler-Reich zusammenbrach, gehörte sie zu jenem Kreis deutscher Sozialdemokraten in den USA, die gemeinsam mit Maria Juchacz und dem früheren Kölner Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann die Care-Paket-Hilfsaktion in die Wege leitete und gegenüber zahlreichen Widerständen durchsetzte. Schon Ende 1945 kam Hedwig Wachenheim nach Deutschland zurück. Bis 1951 widmete sie sich dem Aufbau der freien Wohlfahrtsverbände in der amerikanischen Besatzungszone und übernahm später eine leitende Stellung in der Wohlfahrtssektion der amerikanischen Hochkommission in Frankfurt am Main. Viele Ortsverbände der Arbeiterwohlfahrt und auch deren Zentralausschuß haben Hedwig Wachenheim, die inzwischen amerikanische Staatsbürgerin geworden war, zahlreiche Impulse zu verdanken.

Auf literarischem Gebiet ist ein Werk von Hedwig Wachenheim inzwischen zu einem bedeutenden Lehrbuch der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1914 bis 1944 geworden. Sie hat viele Jahre daran gearbeitet, um - wie sie einmal sagte - "der Geschichte zu ihrem Recht zu verhelfen".

Mit Hedwig Wachenheim verlieren die deutsche Sozialdemokratie und die Arbeiterwohlfahrt eine starke Persönlichkeit, die ihr ganzes Leben in den Dienst der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts gestellt hat.

+ + +

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

24

ZEITUNGSNUMMER

194

DATUM

10. 10. 1969

Seite 5 fehlt ✓

